



Presseschau vom 09.11.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: USA verschärften Sanktionen gegen Russland wegen Krim und Donbass
Die USA haben Sanktionen gegen drei natürliche Personen und neun Organisationen Russlands im Zusammenhang mit der Einverleibung der Schwarzmeer-Halbinsel Krim und der Lage im Donbass eingeführt. Das teilte Kurt Volker, Krim-Sondergesandter des US-State Departments, am Donnerstag in Washington mit.

Es handle sich um Finanzsanktionen, sagte er, ohne konkrete Namen zu nennen.

„Betroffen sind Personen und Einrichtungen, die Versuche Russlands unterstützt hatten, die Krim-Region der Ukraine über Investitions- oder Privatisierungsprojekte (in den Staatsverband Russlands) zu integrieren oder die Menschenrechte ernsthaft verletzt haben“, argumentierte Volker.

Zuvor hatte Volker erklärt, dass die USA etwa alle zwei Monate Russland mit neuen Sanktionen wegen der Ukraine belegen werden. Das Ziel bestehe darin, Russland zu Verhandlungen über die Beilegung der Ukraine-Krise zu zwingen.

Dan-news.info: Mitarbeiter des Innenministeriums der DVR haben eine Sprengereinrichtung deaktiviert, die am Pfeiler einer Stromleitung im Gebiet von Novyj Swet im Starobeschewo-Bezirk installiert war. Dies teilte heute der Pressedienst des Ministeriums mit. Nach Angaben der Behörde werden derzeit die Beteiligten an dem versuchten Sprengstoffanschlag ermittelt.

Nowyj Swet liegt etwa 20km südöstlich von Donezk und etwa 30 km östlich von der Abgrenzungslinie. Die Ortschaft befindet sich am Ufer der Starobeschewer Stauees. In der Ortschaft befindet sich eines der beiden Wärmekraft werke der DVR.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Ukrainischer Politiker schlägt „Winter-Verbot“ vor
Das Mitglied des Haushaltsausschusses der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) Wiktor Pynsenyk hat die ukrainischen Behörden heftig für ihr Versprechen gegenüber der Bevölkerung kritisiert, einen Gaspreisstopp zu verhängen.

Pynsenyk rügte die Gesetzentwurf-Initiatoren, mit dem ein Moratorium für Gaspreissteigerungen für die Bevölkerung erzielt werden soll. „Ich möchte zum ‚Moratorium-Schöpfungsprozess‘ beitragen. Wäre es nicht vielleicht besser, statt des Moratoriums zu Gaspreissteigerungen den Winter zu verbieten? Dann bräuchte man kein Gas mehr“, schrieb der Politiker in seinem Facebook-Account.

Die Gaslieferanten werden ihm zufolge ohnehin Gas zu fixierten Preisen verkaufen und keine gesetzlichen Initiativen dies ändern:

„Warten wir darauf, dass die aufgrund dieser Entscheidung verängstigten Lieferanten aus der Slowakei, Polen, Ungarn und anderen Ländern unverzüglich mit einer Preisreduktion beginnen, um es den ukrainischen Politikern recht zu machen? Dann kann man aber lange warten...“

Die Initiativen der ukrainischen Behörden würden darauf abzielen, die Bevölkerung mit „Lügenmärchen zu füttern“.

Am 1. November waren in der Ukraine die Gaspreise für die Bevölkerung im Rahmen der Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) um 23,5 Prozent gewachsen. Der neue Preis beträgt 8500 Griwna (circa 305 US-Dollar) pro 1000 Kubikmeter. Laut der ukrainischen Regierung forderte der IMF eine Preiserhöhung um 60 Prozent und es konnte eine Einigung auf eine Kompromissvariante erzielt werden.

Die Erhöhung der Gaspreise war eine der Bedingungen des Internationalen Währungsfonds für die Gewährung weiterer Kredite an Kiew.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31944/52/319445258.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Frunse, Marjewka (Solotoje-5), Losowoje und Kalinowka.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren.

de.sputniknews.com: In Millionenhöhe: USA planen „Wirtschaftshilfe“ für Georgien
Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, den Nichtregierungsorganisationen Georgiens 18,5 Millionen US-Dollar für Wirtschaftsentwicklung bereitzustellen, wie RT unter Berufung auf die Entwicklungsbehörde USAID meldet. Laut einem politischen Experten stecken jedoch ganz andere Ziele dahinter.

Zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Land trägt USAID zufolge die ‚russische Propaganda‘ bei. Daher solle das Hilfsprogramm unter anderem den angeblichen russischen Einfluss beseitigen sowie den Nato-Beitritt Georgiens beschleunigen.

Darüber hinaus sehe es eine Einkommenssteigerung und die Entwicklung des Tourismus vor. „Die wirtschaftlichen Herausforderungen werden durch die russische Propaganda verschärft, die darauf abzielt, die Unterstützung für die europäische Integration und die Ausrichtung auf den Westen zu untergraben“, soll es im Dokument heißen.

In einem RT-Interview erörterte der politische Experte Sergej Michejew, dass dieses US-Hilfsprogramm nichts mit der Wirtschaftsentwicklung zu tun habe und eher das Ziel verfolge, die Innenpolitik Georgiens sowie die außenpolitischen Neigungen des Landes zu beeinflussen.

de.sputniknews.com: Spionage zugunsten Russlands? Mutmaßlicher Verdächtiger in Österreich festgenommen

In Österreich ist ein Ex-Oberst der österreichischen Streitkräfte festgenommen worden, der angeblich etwa 20 Jahre lang für Russland spioniert haben soll. Darüber berichtet die „Kronen Zeitung“ unter Berufung auf einen Vertreter des österreichischen Verteidigungsministeriums.

Russlands Außenminister nimmt Stellung

Russlands Außenminister Sergej Lawrow äußerte sich zur entstandenen Situation wie folgt: „Diese Information überraschte mich unangenehm. Seit alters her ist es üblich, dass man, falls ein Land Besorgnisse oder Verdächtigungen bezüglich des Vorgehens eines anderen Landes hat, entsprechend den Normen der internationalen Kommunikation eine Klarstellung fordert.“ Ferner sagte er: „In letzter Zeit machten sich unsere westlichen Partner zur Regel, nicht die traditionelle, sondern die Megaphon-Diplomatie auszuüben.“ Er bestätigte unter anderem, dass heute der österreichische Botschafter ins russische Außenministerium einbestellt wird. „Wir werden seine Aufmerksamkeit darauf lenken, mit welchen Methoden man agieren soll, falls sie irgendwelche Fragen gegenüber Russland haben“, sagte Lawrow während seiner Pressekonferenz in Moskau.

Spionagevorwürfe

Der Ex-Oberst Alfred Redl soll Informationen aus dem Bundesheer geliefert haben. Unter anderem habe er Angaben über die österreichische Luftwaffe, die Artilleriesysteme, Berichte über die Migrationskrise sowie detaillierte Persönlichkeitsprofile vieler hochrangiger Offiziere gesammelt. Wie die Zeitung ferner berichtet, soll der mutmaßliche Tatverdächtige alle zwei Wochen mit dem angeblich russischen Kontaktmann namens „Juri“ kommuniziert haben.

Laut den Zeitungsangaben begann der österreichische Militär aus Salzburg seine

Aufklärungstätigkeit in den 90er Jahren. Er soll damit mehr als 300.000 Euro verdient haben. Diese Information bestätigte auch der Sprecher des österreichischen Verteidigungsministeriums, Michael Bauer:

Das Abwehramt hat mit Hilfe internationaler Kooperation einen Spionagefall aufgedeckt. Ein pensionierter Offizier des #Bundesheeres hat seit den 1990-iger Jahren das Bundesheer ausspioniert und Daten an Russland weitergegeben. Er wurde angezeigt.

— Michael Bauer (@Bundesheerbauer) November 9, 2018

Beginn einer diplomatische Krise?

Die russische Botschaft weigerte sich, die aufgetauchten Medienberichte zu kommentieren.

„Kein Kommentar“, sagte der Pressesprecher, Bulat Chajdarow. Russlands

Auslandsnachrichtendienst (SWR) äußerte sich ebenfalls nicht zu dieser Information.

Am Freitagmorgen teilte Österreichs Kanzler Sebastian Kurz mit, dass die österreichische Außenministerin Karin Kneissl ihre für Anfang Dezember geplante Reise nach Russland abgesagt hat.

Der österreichische Botschafter Johannes Eigner wird am Freitag ins russische Außenministerium einbestellt, hieß es aus der Behörde.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 8. November 3:00 bis 9. November 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 19.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Dolomitnoje, Sajzewo, Golmowskij, Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Isotow-Bergwerks), Jasinowataja, Wasiljewka, Mineralnoje, Kaschtanowoje, Krutaja Balka, Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Losowoje, Alexandrowka), Staromichajlowka, Leninskoje.

Opfer unter den friedlichen Bürger und Zerstörungen ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 279.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgeschossenen Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht. In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 110.

Ab 00:01 am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Österreichs Außenministerin Karin Kneissl sagt Russland-Reise ab
Die österreichische Außenministerin Karin Kneissl hat ihre für Anfang Dezember geplante Reise nach Russland abgesagt. Dies erklärte am Freitag Österreichs Kanzler Sebastian Kurz. Der österreichische Kanzler, Sebastian Kurz, gab heute eine Stellungnahme zur Situation um die angebliche Spionagetätigkeit eines österreichischen Ex-Obersts zugunsten Russlands ab. Demnach hat die Außenministerin Kneissl auf die jüngste aufgetauchte Information reagiert, einen russischen Vertreter ins Ministerium einberufen und ihre Reise nach Russland abgesagt.

Österreichs Außenministerin Karin Kneissl hatte von 2. bis 3. Dezember eine Russland-Reise geplant.

Derzeit soll die österreichische Justiz feststellen, ob dieser Verdacht bestätigt werde, so Kurz. „Wir werden das weitere Vorgehen mit unseren europäischen Partnern besprechen“, wird Österreichs Kanzler von den Medien zitiert.

Zuvor hatte die „Kronen Zeitung“ berichtet, dass in Österreich ein Ex-Oberst der österreichischen Streitkräfte festgenommen worden sei, der angeblich etwa 20 Jahre lang für Russland spioniert haben soll.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung der Leitung der Volksmiliz der DVR

Unsere Aufklärung verfügt über Informationen, dass heute, am 9. November 2018, im Zeitraum von 12 bis 14 Uhr in Richtung Mariupol von der ukrainischen Seite provokative Beschüsse vorbereitet werden. Dazu hat der Kommandeur der 79. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte die Aufgabe erhalten, die notwendigen Kräfte und Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Provokationen bringen wir mit dem für heute um 13 Uhr geplanten Besuch der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der NATO Rasa Juknevičienė in Begleitung des Vorsitzenden der Obersten Rada der Ukraine A. Parubij in Zusammenhang. Wir rufen das ukrainische Kommando auf, von seinen Plänen Abstand zu nehmen, die auf die Einschüchterung der ausländischen Gäste und auf die Diskreditierung der Führung der Republik gerichtet sind.

de.sputniknews.com: „Europa würde nur verlieren“: Moskau reagiert auf „Ruxit“-Mahnung
Der Generalsekretär des Europarats Thorbjørn Jagland hat laut dem Nachrichtensender Yle Russland wieder vor einem Ausschluss von der PACE gewarnt, wenn das Land die Beitragszahlungen nicht wiederaufnimmt. Nun haben russische Politiker und Experten diese Aussagen kommentiert.

Im Laufe einer gemeinsamen Pressekonferenz am Dienstag mit dem finnischen Außenminister, Timo Soini, sprach Generalsekretär Jagland über die Gefahr eines „Ruxits“. „Es besteht die reale Gefahr, dass Europa nicht nur mit dem Brexit, sondern auch mit einem Ruxit rechnen müssen wird“, erklärte Jagland.

Er erinnerte daran, dass die Europäische Menschenrechtskonvention die Regeln der öffentlichen Ordnung für den gesamten europäischen Kontinent festlegt.

„Wenn Sie Mitglied der Organisation sind, müssen Sie auch die Mitgliedsbeiträge entrichten. Das gilt für alle. Wenn Sie nicht zahlen, dürfen Sie die Vorteile der Mitgliedschaft nicht nutzen“, erklärte Timo Soini, wie Yle schreibt.

Der Außenminister beteuerte allerdings, Finnland würde im Laufe seines Vorsitzes im Europarat alles tun, um die Probleme mit den Beitragszahlungen Russlands zu lösen. Denn seiner Meinung nach wäre der Ausstieg Russlands sowohl für das Land selbst als auch für Europa eine schlechte Sache.

Der Chef des Ausschusses für Informationspolitik im russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus) Alexej Puschkow betonte, dass Europa „nur verlieren“ würde, wenn Russland den Rat verlasse.

Laut dem Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Igor Kowaljow wird der Ausstieg Russlands aus dem Europarat zwar problematisch sein, jedoch keinen kritischen Schaden anrichten.

„Das ist natürlich schlecht, es beraubt uns einer wichtigen Tribüne, über die wir unseren Standpunkt vermitteln können. Aber es gibt viele andere Organisationen und Strukturen. Es besteht die Möglichkeit einer bilateralen Zusammenarbeit. Ja, ein Kontaktabbruch ist immer negativ. Aber das wird uns keinen kritischen Schaden zufügen“, so Kowaljow.

2014 wurde der russischen Delegation aufgrund der Situation auf der Krim und in der Ukraine das Wahlrecht in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates entzogen.

Ende Juni 2017 wurde bekanntgegeben, dass Moskau die Zahlung der Beiträge an den Europarat wegen Nichtteilnahme der russischen Delegation an der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung eingestellt hatte.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 3. bis 9. November 2018 (Wochenbericht)

In der letzten Woche sind in der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik die Überführung der Waffen und Militärtechnik in den Winterzustand und die Vorbereitung der Übungsplätze für die neue Unterrichtsperiode fortgeführt worden.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte **12 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen wurden folgende Ortschaften der Republik beschossen: **Dolomitnoje, Golmowskij, Sajzewo, Wasiljewka, Krutaja Balka, Jasinowataja, Kaschtanowoje, Spartak, Alexandrowka, Losowoje, Leninskoje, Mineralnoje, Staromichajlowka, die Siedlungen des Gagarin- und des Isotow-Bergwerks, die Siedlung Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk.**

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 116 Fälle von Verletzung des Regimes der Feueinstellung** durch die ukrainischen Kämpfer festgestellt. Die Gebiete von 19 Ortschaften der Republik hat der Gegner mit Artillerie des Kalibers 122mm beschossen, er hat 100 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Terroristen wurden in der letzten Woche vier Häuser in den Ortschaften Trudowskije im Petrowskij-Bezirks von Donezk, Jasinowataja, Sajzewo beschädigt. Außerdem wurde eine Stromleitung in der Siedlung des Glubokaja-Bergwerks beschädigt.

Das Kommando der „OOS“ verletzt weiter die Minsker Vereinbarungen bezüglich der **Nutzung von Drohnen.**

Die **größte Aktivität von Flügen ist in Richtung Donezk** festzustellen. In der letzten Woche wurden durch Mittel der Luftabwehr der Volksmiliz der DVR **drei Drohnen des Gegners vernichtet**. Zwei in den Gebieten von Alexandrowka und Staromichajlowka, wo die ukrainischen Kämpfer während des Beschusses die Feuerleitung durchgeführt haben. Eine weitere Drohne des Type „Quadrokopter“, die zur Kampfdrohne umgebaut worden war, wurde während einer Kampfverwendung, beim Abwurf eines Brandgeschosses auf Häuser friedlicher Einwohner in Mineralnoje vernichtet.

Wir stellen das Video mit dem Beweis des Kriegsverbrechens der ukrainischen Terroristen vor. Die Materialien werden zu den Strafverfahren gegen die Kommandeure der ukrainischen Streitkräfte und die militärisch-politische Führung der Ukraine, die ein Genozid an der friedlichen Bevölkerung des Donbass betreiben, hinzugefügt.

Wir stellen weiter nicht kampfbedingte Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der Folge nicht ordnungsgemäßer Beziehungen sowie von der Durchführung alltäglicher Aufgaben unter Alkohol- oder Drogeneinfluss fest.

Am 8. November dieses Jahres haben Kämpfer auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Pischtschewik während der Ausrüstung von Positionen ein Versteck mit einigen Kisten mit Munition ausgegraben, in denen sich Patronen und Geschosse für Antipanzerhandgranatwerfer befanden. Beim Versuch eine der Kisten herauszuziehen erfolgte eine Detonation, in deren Folge ein Kämpfer der 79. Brigade der ukrainischen

Streitkräfte, Feldwebel Kolos starb, einer weiterer wurde verletzt.

Im Gebiet von Starognatowka, 2 km von den Positionen der 128. Brigade geriet ein leichtes Fahrzeug auf eine nicht identifizierte Sprenganlage, die detonierte. Beide Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte, die sich in dem Fahrzeug befanden, starben.

Wie wir mehrfach erklärt haben, schreibt die ukrainische Führung nicht kampfbedingte Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der „OOS“-Zone auf ausgedachte Beschüsse ab, derer sie die Einheiten der Donezk Volksrepublik beschuldigt. So versucht das Kommando der Besatzer die Verantwortung für den Tod von Personal von sich abzuwälzen.

Der moralisch-psychische Zustand der Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte, die Aufgaben in der „OOS“-Zone erfüllen, ist wie zuvor als kritisch gering einzuschätzen.

Am 3. November 2018 verließ einer der Kämpfer des 122. Bataillons der 81.

Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte, Unterfeldwebel Dombrowskij, in betrunkenem Zustand eigenmächtig den Dienstort in der Nähe von Nowoselowka, im Wolnowacha-Bezirk und fuhr mit seinem eigenen Auto in unbekannte Richtung weg, wobei er seine Waffe und Munition mitnahm.

Der Aufenthaltsort des Soldaten ist bis heute unbekannt. Derzeit fahnden das Brigadekommando und der militärische Rechtsordnungsdienst nach dem Deserteur.

Dieser Fall ist mit einem Versuch des Brigadekommandos verbunden, doch irgendwie den Alkoholismus zu bekämpfen. Auf Befehl des Brigadekommandeurs werden Kämpfer, die des Alkohol- oder Drogengenusses überführt wurden, für zwei Tage in einem Einzelbunker unterbracht, wo sie mit Eiswasser „ausgenüchert“ werden. Für jeden weiteren Fall von Alkohol- oder Drogeneinnahme verlängert sich die Haft des Festgenommenen um zwei Tage. Feldwebel Dombrowskij hat im Oktober schon zweimal Disziplinarmaßnahmen erhalten, daher war die Desertion des Kämpfers nur eine Frage der Zeit.

In der „OOS-Zone“ zieht eine weitere Welle von **Konflikten zwischen Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte und Soldaten der Nationalgarde der Ukraine** heran, die mit dem Kampf um die „Deckung“ von Schmuggelkanälen zusammenhängt. Am 8. November dieses Jahres wurde von Kämpfern des Regiments „Asow“ im Gebiet von Konstantinowka ein Kleinbus der Marke „Volkswagen“, der von einem gewissen Kowaleno, geb. 1967, gelenkt wurde, angehalten. Bei der Durchsuchung des Fahrzeugs wurden Kisten mit Patronen, Handgranaten und Munition für Granatwerfer gefunden. Nach kurzer Zeit kam eine Gruppe von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte mit zehn Mann in Kampfausrüstung in drei Fahrzeugen ohne Autokennzeichen am Ort der Festnahme an. Nach zehnminütigen Verhandlungen wurden die vor Ort eingetroffenen Kämpfer und der Kleinbus von den Gardisten fahren gelassen und fuhren in Richtung Kramatorsk.

Nach unseren Informationen werden von der Führung des SBU **einige Szenarien für Provokationen im Wassergebiet des Asowschen Meeres** erarbeitet, um die Spannung am Asowschen Meer zu eskalieren und **auf diesem Hintergrund einen militärischen Angriff vom Meer auf das Territorium der Republik durchzuführen**. Es werden Varianten bis hin zur Flutung eines Handelsschiffes, sowohl eines ukrainischen als auch eines ausländischen, betrachtet. Die Provokation wird **für das erste Halbjahr 2019** vorbereitet.

ukrinform.ua: 40 Länder machen Russland für Abschuss der OSZE-Drohne verantwortlich
Russland und die von ihm unterstützten bewaffneten Formierungen seien für Beschuss und Absturz der Drohne der OSZE-Sonderbeobachtungsmission (SMM) am 27. Oktober in der Nähe der Grenze zu der Russischen Föderation verantwortlich.

Das geht aus der Erklärung der Europäischen Union hervor, die bei der Sitzung des OSZE-Forums für Sicherheitszusammenarbeit in Wien veröffentlicht wurde.

Es wurde betont, dass jede Einmischung gegen die technische Ausrüstung der OSZE-SMM "dem Geist der Abkommen von Minsk widerspreche". "Diejenigen, die für eine beliebige absichtliche Beschädigung, die Vernichtung oder den Verlust der SMM-Drohnen und anderer

Ausrüstung verantwortlich sind, müssen eine Strafe tragen, sowohl eine politische, als auch eine finanzielle", heißt es in der EU-Erklärung.

Außer 28 Mitgliedsländern der Europäischen Union haben sich auch Beitrittskandidaten der Erklärung angeschlossen: Mazedonien und Montenegro, Albanien, Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) - Island, Norwegen und Liechtenstein, Mitgliedsländer des Europäischen Wirtschaftsraums sowie die Ukraine, Moldawien, Georgien, Andorra und San Marino.

de.sputniknews.com: IS will Afghanistan zu seinem Brückenkopf in Zentralasien machen – Lawrow

IS-Kämpfer* versuchen laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow Afghanistan in ihren Brückenkopf in Zentralasien zu verwandeln.

„Voraussetzungen des IS versuchen nicht ohne Unterstützung externer Sponsoren Afghanistan zum Brückenkopf ihrer Expansion in Zentralasien und insgesamt in unserer Großregion zu machen“, sagte Lawrow bei der Eröffnung des Treffens im Moskauer Format zu Afghanistan. Den Afghanen zu helfen, diese Pläne zu stoppen und die terroristische Bedrohung zu beseitigen sei die Aufgabe aller in der Region tätigen Länder und internationalen Strukturen, fügte er hinzu.

Niemand sollte in Kategorien geopolitischer Spiele denken, die potenziell zu einer weiteren Transformation Afghanistans in ein Rivalitätsfeld mit schwersten Konsequenzen für Afghanen und ihre Nachbarn führen könne, warnte der Außenminister abschließend.

*Islamischer Staat, auch IS, eine in Russland verbotene Terrorvereinigung

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponko über die Situation an der Kontaktlinie vom 3.11. bis 9.11.2018

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Aktivitäten der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Insgesamt haben die ukrainischen **in der letzten Woche 19 Mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Auf das Territorium der Republik wurden 60 Mörser- und Artilleriegeschosse abgeschossen. Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **10 Ortschaften beschossen**.

In der Folge eines Beschusses von Marjewka am 8. November wurde der örtliche **Einwohner Walerij Wasiljewitsch Asarenkow tödlich verletzt**.

Die verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers auf das Territorium der LVR erteilten die Kriegsverbrecher und Brigadekommandeure Wojtschenko (14.), Subanisch (10.) und Tatus (72.).

Jeder Fall von Beschuss wird dokumentiert. Alle Materialien, die Kriegsverbrechen der Maidan-Regierung und der ukrainischen Truppen gegen Einwohner des Donbass bestätigen, werden an die Ermittlungsorgane der LVR übergeben. Jeder Verbrecher wird die verdiente Strafe erhalten.

Die ukrainische Regierung konzentriert weiter ihre Kräfte und Mittel an der Kontaktlinie. Unsere Aufklärung hat die Verlagerung von Technik und Waffen zur Verstärkung der ukrainischen Einheiten festgestellt:

In Krjakowka, im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgsturmbrigade wurde die Ankunft von zwei Schützenpanzerwagen und zwei Fahrzeugen bemerkt;

in Mironowks, im Verantwortungsbereich der 82. mechanisierten Brigade wurde die Ankunft von fünf Schützenpanzern bemerkt.

In der letzten Woche wurde das Fehlen folgender ukrainischer Waffen an den Lagerorten in den OSZE-Berichten festgehalten:

6 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“;

10 122mm-Haubitzen „Gwosdika“;
11 122mm-Haubitzen D-30;
26 120mm-Mörser;
8 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“;
17 T-64- und T-72-Panzer.

.... Insgesamt betragen **in der letzten Woche** nach uns vorliegenden Informationen die **nicht kampfbedingten Verluste in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte sieben Tote und 13 Verletzte**.

Die Zunahme nicht kampfbedingter Verluste in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte nach dem Übergang auf NATO-Standards zeugt von der Unfähigkeit der ukrainischen Besatzer, sich die einfachsten Fertigkeiten anzueignen, sowie vom Fehlen des Wunsches, bei den westlichen Instruktoren eine hochwertige Ausbildung zu erhalten, trotz der hohen Kosten für deren Dienstleistungen. Dies hängt damit zusammen, dass der Westen die ukrainischen Soldaten für den Fall einer Veränderung der innenpolitischen Lage in der Ukraine als potentielle Feinde sieht. In diesem Zusammenhang verwandelt die aufgedrängte Methodik der NATO die ukrainische Armee in einen Übungsplatz für zweifelhafte Experimente, deren Folge eine Zunahme von Verletzung und Tod des Personals ist. Die Volksmiliz der LVR reagiert nicht auf Provokationen des Gegners, hält das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein. Aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, entschieden im Interesse der Verteidigung ihrer Bürger zu handeln.

In der letzten Woche wurden in den Einheiten und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR die Maßnahmen zur militärischen Ausbildung und zur Überführung der Technik in die Winternutzung fortgesetzt.

de.sputniknews.com: Deshalb lieferte Moskau S-300 an Syrien – russischer Botschafter
Der russische Botschafter in Tel Aviv Anatoli Wiktorow hat in einem Interview mit der Zeitung „Times of Israel“ das Ziel der Lieferung von S-300-Flugabwehrraketensystemen an Syrien genannt.

Am 24. September hatte Verteidigungsminister Sergej Schoigu erhöhte Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der russischen Soldaten in Syrien angekündigt. Darunter sei auch die Übergabe eines Flugabwehrraketensystems vom Typ S-300 an Syrien, die innerhalb von zwei Wochen erfolgen soll. 2013 habe Russland die S-300-Lieferungen nach Syrien auf Bitte Israels eingestellt, sagte Schoigu. Nun habe sich die Lage geändert, und die Verantwortung dafür liege nicht bei Russland.

Die Ankündigung folgte einem Absturz des russischen Flugzeugs vom Typ Il-20, für den Russland Israel verantwortlich machte.

Wiktorow bezeichnete das Unglück der russischen Il-20-Maschine über Syrien als einen „sehr ernsthaften Zwischenfall“ und rief zur Vermeidung derartiger Vorfälle in der Zukunft auf.

Die Lieferung der S-300-Flugabwehrsysteme sei keine „einseitige Bestrafung“ Israels, betonte er. Moskau habe dies getan, „um das Leben unserer Militärs in Syrien zu schützen“.

Syrien hatte bereits 2010 einen Vertrag über die Lieferung von S-300-Systemen abgeschlossen. Als es zur Umsetzung kam, wurde der Deal jedoch annulliert. Im Mai 2018 bestätigte der israelische Ex-Verteidigungsminister Mosche Jaalon, dass Israel zur Vereitelung der Lieferung seine Kanäle einsetze.

Israel hatte befürchtet, dass die neuen Flugabwehrraketen nicht nur den Spielraum der israelischen Luftwaffe einschränken, sondern auch die Kontrolle praktisch des gesamten israelischen Luftraums ermöglichen würden. Angesichts der „feindlichen“ Präsenz iranischer Kräfte in Syrien sieht sich Tel Aviv berechtigt, im Nachbarland frei zu handeln.

Dnr-online.ru: Am 25. Oktober 2018 ist der 82. humanitäre Konvoi aus der RF in der DVR eingetroffen. Zur Versorgung der Gesundheitseinrichtungen wurden Medikamente, medizinische Materialien und teure medizinische Ausrüstung geliefert, teilt der Pressedienst des Gesundheitsministeriums mit.

Über die Linie der humanitären Hilfe wurden die notwendigsten Medikamente für Krebserkrankungen bei Kindern und Erwachsenen sowie Impfstoffe geliefert – gegen Kinderlähmung, Fünffachimpfung für Kinder im ersten Lebensjahr, sowie Grippeimpfstoff.... Auch für Dialyse-Behandlungen wurden die notwendigen Medikamente und Verbrauchsmaterialien geliefert.

Alle Präparate werden in nächste Zeit an die Donezker medizinische Territorialvereinigung des Gesundheitsministeriums (Transplantationszentrum), das Zentrale klinische Stadtkrankenhaus Nr. 1 von Donezk (Abteilung für ambulante Dialyse), das Stadtkrankenhaus Nr. 2 von Gorlowka (Abteilung Nephrologie und Dialyse) verteilt, wo täglich Patienten mit diesen Erkrankungen aufgenommen werden.

Außerdem wurden Medikamente zur Behandlung psychischer Erkrankungen bei Kindern und Erwachsenen geliefert sowie entzündungshemmende Medikamente zur Behandlung von Sklerose.

Es wurde auch teure hochtechnologische medizinische Ausrüstung für medizinische Einrichtungen der DVR geliefert: 13 „künstliche Nieren“, ein mobiles Röntgenchirurgiesystem, Ultraschalldiagnostikgeräte, Analysegeräte und weiteres. In das republikanische klinische Kinderkrankenhaus wurde eine Einrichtung zum Training des Sehens mit zwei Augen nach der Methode von Prof. T.P. Kaschtschenko geliefert, die Donezker klinische Territorialvereinigung erhält einen Tomographiekomplex und das Republikanische Zentrum für Rehabilitation des Gesundheitsministeriums eine mobile Mammographieeinrichtung auf Basis eines „KamAs“-Lastwagens.

Außerdem wurden gefrorenes Blutplasma, Beatmungsgeräte, Analysegeräte, Chirurgieinstrumente für verschiedene Bereiche, Verbrauchsmaterialien usw. geliefert. Das gesamte Material wird in der nächsten Zeit an die medizinischen Einrichtungen der Republik verteilt werden.

Außerdem wurde die notwendige teure Ausrüstung zur Analyse von Luft- und Wasserproben für das republikanische sanitär-epidemiologische Zentrum der Aufsichtsbehörde des Gesundheitsministeriums geliefert.

Das Ministerium dankt allen an der Lieferung Beteiligten für die unschätzbare Hilfe für die Einwohner der Republik.

Die Medikamente aus den humanitären Konvois aus der RF werden für die Leistung qualitativ hochwertiger Behandlung von Patienten in der stationären Behandlung der medizinischen Einrichtungen unserer Republik verwendet.

ukrinform.ua: 50 Mio. Euro für den Donbass: EU und UNDP unterzeichnen Abkommen
Der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Johannes Hahn und die Vertreterin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in der Ukraine, Osnat Lubrani, haben am Freitag ein Abkommen über ein Hilfsprogramm für die Ostukraine unterzeichnet.

Die Unterzeichnung fand in Kyjiw während des Besuchs von Hahn in die Ukraine statt, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Nach den Worten von Hahn sieht das Programm die Sanierung der Infrastruktur im Donbass, die Unterstützung für Binnenflüchtlinge, für die Hochschulen, die die besetzten Gebiete verließen, sowie andere Maßnahmen vor.

de.sputniknews.com: EU-Kommission mit Tempo der Korruptionsbekämpfung in Ukraine unzufrieden

Die Europäische Union hält die Geschwindigkeit der ukrainischen Reformen im Justizbereich und im Kampf gegen Korruption für unzureichend. Dies geht aus dem Jahresbericht der EU-Kommission über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens EU-Ukraine hervor.

Die Europäische Kommission veröffentlichte am Freitag den Jahresbericht über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine

„Die Ukraine hat im vergangenen Jahr in einer Reihe wichtiger Bereiche Fortschritte erzielt, doch müssen noch einige ausstehende Reformen verstärkt werden, damit die ukrainischen Bürger die Vorteile des Assoziierungsabkommens EU-Ukraine und seiner umfassenden Freihandelszone voll nutzen können“, heißt es.

In dem Bericht wird insbesondere auf eine geringe Reformrate im Justizbereich und im Bereich der Korruptionsbekämpfung hingewiesen.

Allerdings gesteht die Behörde, dass im letzten Jahr die Ukraine eine Reihe wichtiger Reformen durchgeführt habe.

„Jetzt, im Vorfeld der ukrainischen Wahlen, ist es entscheidend, die Reformdynamik aufrechtzuerhalten und diese Änderungen unumkehrbar zu machen. Es kann keine Rücknahmen in Gebieten wie Anti-Korruption geben“, unterstreichen die Autoren des Berichts.

Zudem bekräftigte die EU-Kommission ihre Unterstützung für die territoriale Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine.

ukrinform.ua: Moskau gibt 100 Millionen Rubel für Fake-Wahlen im Donbass

Russland hat schon mindestens 100 Millionen Rubel für die Durchführung der illegalen Wahlen in den so genannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ überwiesen.

Das erklärte Chef des Sicherheitsdienstes SBU Wasyl Hryzak vor der Presse in Kyjiw, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Nach Angaben des Dienstes werden die Wahlen über eine Wohltätigkeitsstiftung finanziert, sagte er. Zuerst sei aber eine niedrigere Summe, 50 Millionen Rubel, veranschlagt worden, doch dann hätten die „Volksrepubliken“ 100 Millionen erhalten. Nach den Worten von Hryzak beeilt sich Russland mit den Wahlen so sehr, dass man die Leiter der so genannten „Zentralen Wahlkommissionen“ zwingt, die „Wahlergebnisse“ am Vormittag des nächsten Tages zu veröffentlichen.

Der SBU-Chef betonte dabei, dass die Organisatoren der „Fake-Wahlen“ nach der Kontrollübernahme über die besetzten Gebiete zur Verantwortung gezogen würden.

Die russische Besatzungsmacht hatte zuvor die Wahlen in den „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ für den 11. November angesetzt. Am Dienstag erklärte Russland, dass es die Wahlergebnisse anerkennen wird. Die Durchführung der Wahlen verurteilten schon die EU, die USA, die Länder der G-7-Gruppe.

Lug-info.com: Presskonferenz des Wahlbeobachters Andreas Maurer aus der BRD (Fraktionsvorsitzender der Linksfraction in Quakenbrück)

„Ziel meines Besuchs in der LVR sind natürlich die Wahlen. Das Programm haben wir so gestaltet um zu sehen, wie die Vorbereitung auf die Wahlen ist, welche Situation in der Republik, wie sich die Menschen darauf vorbereiten. ...“

„Ich habe bereits bei meinem letzten Besuch gesagt: wir in Europa müssen begreifen, dass hier eine Staatlichkeit entstanden ist, hier sind Sicherheitsstrukturen, gesellschaftliche Strukturen entstanden, Arbeitsprozesse wurden organisiert. Wir sehen das alles.“

„Die Wahlen in der LVR und der DVR werden in Kiew, Berlin, Paris, Brüssel gefürchtet. Weil es immer schwieriger wird für unsere Medien und unsere Politiker zu erklären, warum hier bis heute die friedliche Bevölkerung stirbt.

Wenn das nicht so wäre, würde Kiew nicht das tun, was es getan hat, um unsere Reise zu verhindern. Bis hin zu Erklärungen von Geheimdiensten: das ist unmöglich, wir fürchten um

Sie. Ich fahre oft irgendwohin und nie hat sich jemand um mich Sorgen gemacht. Wenn ich nach Ägypten fliege, ruft mich keiner an, obwohl man weiß, was dort los ist. Und hier sind sie gleich besorgt.“

„In Kiew interessiert man sich dafür, wohin Kommunalpolitiker fahren, wohin Gewerkschaftsmitglieder fahren. Sie sehen, was das bedeutet. Wenn sie nicht meinen würden, dass hier, in den Republiken des Donbass Staaten sind, Strukturen, müssten ihnen das ganz egal sein. ...“



[http://img.lug-info.com/cache/6/7/\(90\)_3.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/6/7/(90)_3.JPG/w620h420wm.jpg)

ukrinform.ua: Volker: Westen wird „Wahlen“ im besetzten Donbass nicht anerkennen
Russlands Versuch, die sogenannten „Wahlen“ in den besetzten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk zu organisieren, sei illegal, und alle Ergebnisse dieser „Abstimmungen“ werden weder von den USA noch von Europa anerkannt werden, erklärte gestern der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Kurt Volker, während eines Telefonbriefings, berichtet der Ukrinform-Korrespondent in den USA.

„Die Wahlen, die Russland am 11. November organisieren will, sind illegal. Wir fordern auf, diesen Prozess zu stoppen. Und niemand in Europa, in den Vereinigten Staaten, in der OSZE und so weiter, denke ich, wird die Ergebnisse dieser Abstimmungen anerkennen“, sagte der amerikanische Diplomat.

Er stellte ferner fest, dass dieser Prozess Washington „sehr beunruhigt“, weil illegale Abstimmungen im Widerspruch zu Minsker Abkommen stehen.

„In der Tat ist die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen dazu berufen, die verfassungsmäßige Ordnung in der Ukraine wiederherzustellen, und diese „Republiken“ haben keinen Platz in der verfassungsmäßigen Ordnung der Ukraine“, sagte Volker. Zur gleichen Zeit betonte der US-Sonderbeauftragte, dass die Vereinigten Staaten die Idee der Abhaltung von Wahlen im Allgemeinen unterstützen, und dies sei Teil der Minsker Abkommen. Jedoch sollten es „die Wahlen der legitimen Vertreter der Kommunen“ sein, und sie müssen auf dem Territorium stattfinden, wo die Sicherheit, Bewegungsfreiheit garantiert sind, wo die Meinungsfreiheit möglich ist, und Kandidaten die Kampagne frei durchführen

können. „Jedoch ist keine dieser Bedingungen jetzt möglich“, sagte Volker.

de.sputniknews.com: Altkanzler Schröder zum „Separatisten“ erklärt

Der deutsche Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder ist in die Datenbank der berüchtigten ukrainischen Webseite „Mirotworez“ aufgenommen worden.

Ihm wird vorgeworfen, sich an der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine vergriffen, „öffentlich bedeutsame Informationen“ manipuliert sowie „antiukrainische Propaganda“ betrieben zu haben.

Die Webseite führt unter anderem Hyperlinks zu Schröders Äußerungen an, die sie als „antiukrainisch“ einstuft.

Die seit 2014 auf Initiative des damaligen Beraters des ukrainischen Innenministers, Anton Geraschtschenko, betriebene Webseite „Mirotworez“ (dt.: „Friedensstifter“) veröffentlicht Personalangaben von Journalisten, Mitgliedern der Volksmilizen der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie anderer Menschen, die als „Landesverräter“, „Separatisten“ und „Kreml-Agenten“ angesehen werden. Im Frühjahr 2016 hatte die Webseite eine Liste mit Personalangaben von Journalisten, unter anderem auch aus dem Ausland, publik gemacht, die bei den selbsterklärten Volksrepubliken akkreditiert worden waren. Später erhielten einige der denunzierten Journalisten Drohungen.

Die damalige OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, bezeichnete die Veröffentlichung als einen Schritt, der die Sicherheit der Journalisten noch mehr gefährden könnte. Auch die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, übte scharfe Kritik an der Tätigkeit der Betreiber der Webseite. Diese Veröffentlichung sei ein „direkter Aufruf zu einer gewalttätigen Abrechnung mit den Journalisten“, sagte sie.

Dan-news.info: „Heute um 16:30 haben die ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Peski vier Geschosse des Kalibers 152mm auf das „Volvo-Zentrum“ abgeschossen, außerdem wurden Schusswaffen verwendet“, teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Abends:

ukrinform.ua: Teil des „Oppositionellen Blocks“ und Partei „Für das Leben“ vereinbaren Wahl-Kooperation

Ein Teil der Partei „Oppositioneller Block“ und die Partei „Für das Leben!“ wollen gemeinsame Kandidaten für die Präsidentenwahl und die Parlaments- und Lokalwahlen 2019 aufstellen.

Der Ko-Vorsitzende des „Oppositionellen Blocks“ Juri Boiko und der Chef der Partei „Für das Leben“ Wadym Rabinowytsch haben am Freitag ein Abkommen über die Zusammenarbeit und Gründung der Plattform „Oppositionelle Plattform – Für das Leben“ unterzeichnet, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Binnen einem Monat sollten regional Wahlstäbe gebildet werden. Boiko sagte gegenüber der Presse, der gemeinsame Kandidat für die Präsidentenwahl stehe noch nicht fest.

de.sputniknews.com: Österreichs Spionagevorwürfe – Russisches Außenministerium reagiert
Wegen der Vorwürfe der angeblichen Spionage für Russland gegen einen Ex-Oberst der österreichischen Streitkräfte hat Moskau Protest bei Österreichs Botschafter eingelegt. Das geht aus einer Mitteilung hervor, die am Freitag auf der offiziellen Seite des russischen Außenministeriums veröffentlicht wurde.

Dem Amt zufolge wirken die Handlungen Wiens, das bevorzugte, den bestehenden Verdacht nicht mit Moskau über Dialog-Kanäle zu besprechen, „befremdend“. Stattdessen „griffen unsere österreichischen Partner zu einer Methode, die leider für viele westliche Länder zur Gewohnheit geworden ist: einem sensationellen Informationseinwurf in die Medien und einer öffentlichen Erklärungsforderung an uns.“

Die Handlungen Österreichs in diesem Fall basieren auf einem beweislosen Verdacht. Das Ministerium kommentierte auch das Einbestellen des österreichischen Botschafters am Freitag.

„Wir machten den Botschafter auf die Erklärung der Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres der Republik Österreich, Karin Kneissl, aufmerksam, dass, falls der Spionageverdacht bestätigt werde, dies die russisch-österreichischen Beziehungen schwerwiegend belasten werde. Wir betonten außerdem, dass die auf einem Verdacht ohne jegliche Beweise basierenden Schritte, die Wien unternommen hat, bereits zur Belastung unserer Beziehungen geführt haben, die bis vor kurzem eine positive Dynamik gezeigt hatten“.

Zuvor hatte die „Kronen Zeitung“ berichtet, dass in Österreich ein Ex-Oberst der österreichischen Streitkräfte festgenommen worden sei, der angeblich etwa 20 Jahre lang für Russland spioniert haben soll.